V-08

Zukunft ist ein Grüner-Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde ab 2020!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn. Derzeit beträgt der Mindestlohn in Deutschland aber nur 8,84 Euro pro Stunde und wird erst 2019 wieder angehoben. Das ist zu wenig, auch für die Rente:

Würde eine Arbeitnehmer*in das ganze Leben lang nur den aktuellen Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde verdienen, dann würde die Rente nicht mal über der staatlichen Grundsicherung liegen. Das Bundesarbeitsministerium schreibt: "Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre aktuell rechnerisch ein Stundenlohn von 11,85 Euro erforderlich.“

Daher schlagen wir GRÜNE die politische Anhebung des Mindestlohnes in drei Stufen auf mindestens diese Stundenlöhne vor:

2018: 10 Euro.

2019: 11 Euro.

2020: 12 Euro.

2021: Anhebung durch die Mindestlohnkommission.

Was würde ein Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde in Zahlen bedeuten?
12 Euro x 38,5 Stunden pro Woche
= 2.002 Euro brutto pro Monat.

=1.575 Euro netto im Monat (Steuerklasse 3)
= 52 Euro pro Tag (Steuerklasse 3)

=1.370 Euro netto im Monat (Steuerklasse 1)
= 45 Euro pro Tag (Steuerklasse 1)

Luxus schmeckt also auch bei einem Mindestlohn von 12 Euro noch ganz anders. Bei Geringverdiener*innen sind die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der eingeführte Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Nun fordern wir Grüne die spürbare Anhebung des Mindestlohns über die von der Mindestlohnkommission alle zwei Jahre festgesetzte Höhe hinaus. Die Höhe des Mindestlohns soll sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren, sondern ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Damit die notwendige Anhebung auch für Arbeitgeber*innen planbar wird, haben wir sie über drei Jahre gestreckt.

Zukunft ist, was wir draus machen: Unsere Erwerbsarbeitswelt wird derzeit weltweit durch den technischen Fortschritt massiv verändert und dieser Prozess ist noch lange nicht

abgeschlossen. Eine Antwort darauf ist neben dem Grünen-Mindestlohn auch das bedingungslose
Grundeinkommen (bGE), das Armut und deren Folgen dann am besten verhindert, wenn es weltweit
entsprechend der Kaufkraftparität eingeführt wird.

Begründung

Die bequeme Existenz einer Mindestlohnkommission sollte uns Grüne nicht davon abhalten, eine eigene Position zu haben, mehr als 8,84 Euro (brutto!) pro Stunde für notwendig zu halten und eine spürbare Anhebung einzufordern. Ansonsten führt die Schaffung von Kommissionen zu einer schädlichen Entpolitisierung: Politik muss immer das Recht haben, sich wieder einzumischen, auch wenn eine Kommisson eingerichtet wurde.

weitere Antragsteller*innen

Manfred Cuntz (Main-Kinzig KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Anka Grädner (Lübeck KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Yannis Vrielink (Groß-Gerau KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); John-Paul Eppert (Lübeck KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Joachim Abel (Göppingen KV); Ali Demirhan (Herzogtum Lauenburg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Christian Kokot (Berlin-Spandau KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Malte Harlapp (Stormarn KV); David Bieg (Aalen-Ellwangen KV); Kerstin Dehne (München KV); Michaela Stiffel (Aalen-Ellwangen KV); Florian Helmbold (Verden KV)